

# Workshop zur Salz Sommer- woche 2010 in Berlin

Guenther Sandleben<sup>1</sup>

---

## Zum Thema:

### Von der Krise des Kapitals zur Krise des Staates. Steht ein großer „Kladderadatsch“ bevor?

#### A. Vorbemerkungen

Skandalmeldungen werde ich nicht verkünden. Die persönliche Gier von Menschen spielt hier keine Rolle. Auch thematisiere ich nicht die Unfähigkeit von Politikern oder Bankern. Ich will keine Misstände schildern, sondern die **Zustände** in der Zeit der großen Krise. Der Krisenprozess selbst ist mir wichtig, seine allgemeinen und notwendigen Tendenzen.

Die Akteure, die in meinem Vortrag vorkommen werden, handeln nicht beliebig, sondern vollziehen nur die Sachzwänge, unter denen ihr Handeln steht.

Daraus ergibt sich eine Konsequenz, die ich gleich am Anfang ansprechen muss: Ein Austausch der Personen ändert nichts an der Sache. Die Sache selbst muss geändert werden. Statt die Personen auszuwechseln brauchen wir einen wirklichen Systemwechsel, der all die Sachzwänge beseitigt, unter denen die Akteure bisher stehen. Nicht bessere Politiker oder bessere Manager braucht das Land, sondern eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Anti-Krisenpolitik ist Ordnungspolitik im Sinne einer grundlegenden Änderung des Systems.

Die allgemeine und notwendige Tendenz der Krise ist im **Titel meines Workshops** auf zweifache Weise angesprochen. Von der Krise des Kapitals zur Krise des Staates meint zunächst den

notwendigen Übergang dieser Krise hin zum Staat. Dies ist eine Vergangenheitsbetrachtung. Der Zusatz „Steht ein großer ‚Kladderadatsch‘ (also Zusammenbruch) bevor?“ ist eine Fortschreibung der notwendigen Tendenz der Krise in die Zukunft. Krisen-Rückblick und Prognose, Ergebnisse und Perspektive sind also das Thema.

Die nachfolgenden acht Thesen werde ich nacheinander erläutern.

#### B. Thesen

1. Vorgeschichte der Krise: Die Liberalisierung der Finanzmärkte war eine Folge der Mitte der 80er Jahre einsetzenden Expansion des Weltmarktes, die mehr Kredite erforderte. Eine Konsequenz davon war die Expansion des Kreditmarktes. Neue Kreditmarktinstrumente (Verbriefungen, CDS) und die verstärkte Finanzierung über den Kapitalmarkt (Emissionen von Aktien und Anleihen) ermöglichten diese Expansion.

2. Phasen der Krise: Die große Krise weist mehrere Phasen auf. Zeitlich gingen die Überproduktionskrisen auf dem US-Häusermarkt und später in den anderen Wirtschaftszweigen den Finanzmarktkrisen voraus. Eine ernsthafte Kreditverknappung in der Wirtschaft lässt sich empirisch nicht nachweisen.

3. Charakter der Krise: Die Wirtschaftskrise lässt sich – auch der Sache nach – nicht als eine Folge der Finanzmarktkrise interpretieren. Es verhielt sich umgekehrt: Die allgemeine Überproduktionskrise in der Warenproduktion führte zur Kredit-, Banken- und Börsenkrise (=Finanzmarktkrise). Die These vom „Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft“ wird als falsch zurückgewiesen.

4. Charakter eines Systemwechsels: Nicht das „Regime eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ befindet sich in der Krise, es handelt sich vielmehr um eine generelle Krise kapitalistischer Warenproduktion. Nicht eine besondere Variante des Kapitalismus, sondern der Kapitalismus selbst steckt in der Krise. Ein Systemwechsel zur Verhinderung künftiger Krisen erfordert einen Wechsel

---

<sup>1</sup> Weiteres zu diesem Thema findet der Leser in der Broschüre „Die kapitalistische Krise und was wir ihr entgegensetzen“, von G. Sandleben / J. Schäfer, Dezember 2009 und unter: [www.proletarische-briefe.de](http://www.proletarische-briefe.de)  
[www.guenther-sandleben.de](http://www.guenther-sandleben.de)

hin zu einer völlig anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

5. Krise des Staates: Eine große Depression mit massiver Entwertung des Kapitals haben Regierungen und Notenbanken durch gigantische Interventionen (Rettungsschirme, Konjunkturprogramme, Quantitative Easing) verhindert. Solche Interventionen verschoben die Entwertungsrisiken vom Kapital zum Staat („Sozialisierung der Risiken“). Damit ist die Krise des Kapitals in ein höheres Stadium getreten. Sie ist zu einer Krise des Staates geworden, die zwei Formen aufweist: a) Staatsschuldenkrise, b) Notenbankkrise.

6. Sparprogramme: Zur Entschärfung der Schuldenkrise setzen die Staaten auf harte Sparprogramme. Deren Funktion besteht darin, die Verschuldung durch Kürzung von Sozialausgaben und Anhebung der Massensteuern direkt zu senken, sowie die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals durch Anhebung der Mehrwertrate zu verbessern (indirekter Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen).

7. Staats- und Währungspleite: Eine Kette von Staatsbankrotten und Währungsverwerfungen mit galoppierender Inflation ist ein wahrscheinliches Szenario. Beispielsweise würde eine Rückkehr zur Rezession („Double Dip“) die Krise des Staates weiter zuspitzen. Dies könnte einen „Kladderadatsch“ auslösen.

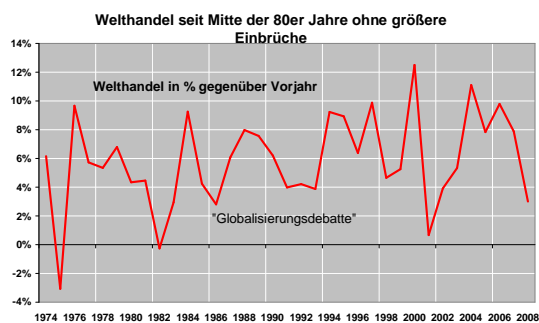
8. Der bürgerliche Horror vor dem Staatsbankrott drückt die Befürchtung aus, dass die Zahlungsunfähigkeit des Staates zu einer Schockstarre von Kapital und Staat führen würde. Die Risiken für die kapitalistische Ordnung reichen bis hin zur vorübergehenden Auflösung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Ein automatischer Übergang in eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist damit aber nicht verbunden.

## C. Erläuterungen zu den Thesen

### Zu These 1

*Vorgeschichte der Krise*: Die Liberalisierung der Finanzmärkte war eine Folge der Mitte der 80er Jahre einsetzenden Expansion des Weltmarktes, die mehr Kredite erforderte. Eine Konsequenz davon war die Expansion des Kreditmarktes. Neue Kreditmarktinstrumente (Verbriefungen, CDS) und die verstärkte Finanzierung über den Kapitalmarkt (Emissionen von Aktien und Anleihen) ermöglichten diese Expansion.

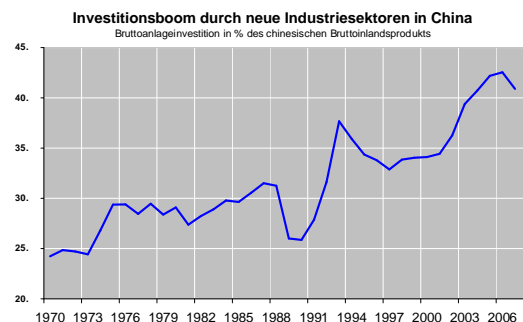
### a) Empirie:



### b) Gründe für die Expansion

(1) **Technologische Veränderungen** haben neue Industrien entstehen lassen. Dazu zählen Technologie-Sprünge im Bereich der Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologie, der Energieerzeugung (solare Energie, Windenergie) und in der Biotechnologie. Es entstand ein Investitionsboom mit einer Ausweitung des Welthandels.

(2) Das Kapital eroberte **neue geografische Gebiete**, durchdrang sie, integrierte sie in den Weltmarkt. Dazu gehörte neben den osteuropäischen Ländern vor allem China, wo Ende der 80er Jahre Sturm- und Drangperioden des Kapitals einsetzten.



Dieser Investitionsboom ließ die Investitionsquote seit Anfang der 90er Jahre bis auf über 40% hochschnellen – mehr als das Doppelte, was in bereits durchindustrialisierten Ländern üblich ist.

Sowohl die Durchkapitalisierung neuer Regionen als auch neue Technologien bewirkten einen Nachfragesog nach Bauten, Anlagen, sonstigen Produktionsmitteln. Gewerbeimmobilien wurden verstärkt nachgefragt. Die wachsende Nachfrage nach Arbeitskräften bildete eine Grundlage für den wachsenden Bedarf an Wohnimmobilien.

### c) Konsequenzen für das Kreditssystem (Finanzsektor)

Die Sturm- und Drangperiode des Kapitals benötigte Kredite. Dieser Kreditbedarf erzwang folgende Änderungen im Finanzsektor:

- Verstärkte Finanzierung durch **Aktienemissionen**; sichtbares Zeichen für das florierende Aktiengeschäft war der Boom an den Aktienmärkten seit 1982.
- Rascher Anstieg der Neuemissionen im Bereich der **Unternehmensanleihen**
- Expansion im Bereich der **Immobilienkredite**

Diese Kredit-Expansion führte zu neuen Instrumenten. Kredit- und Kapitalmarktgeschäft rückten enger zusammen. Im Investmentbanking entwickelten sich neue Geschäftsfelder. Währungsabsicherungen spielten eine größere Rolle. Die Fondsbranche expandierte; das Portfoliomanagement setzte neue Instrumente ein.

Zu den neuen Instrumenten, die die Kreditexpansion ermöglichen, gehörten Kreditverbriefung und CDS.

- **Kreditverbriefungen**; die Verbriefung war ein Mittel, um Kredite verkaufen zu können. Durch solche Übertragungen konnten die Banken bei gleichem Eigenkapital weitere Kredite vergeben und auf diese Weise das rasch wachsende Kreditbedürfnis stillen.<sup>2</sup> Mit dem Instrument der Ver-

briefung von Forderungen globalisierten sich aber auch die Kreditrisiken.

- **Verkauf der Risiken** (z. B. CDS)

### Zu These 2

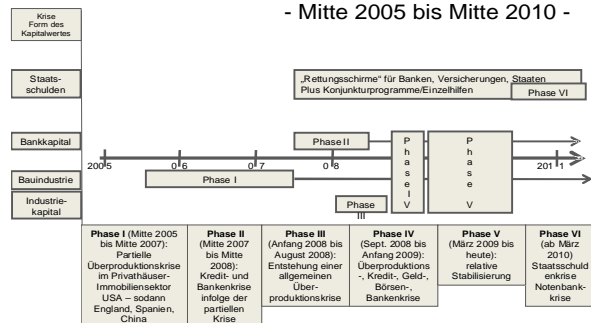
*Phasen der Krise:* Die große Krise weist mehrere Phasen auf. Zeitlich gingen die Überproduktionskrisen auf dem US-Häusermarkt und später in den anderen Wirtschaftszweigen den Finanzmarktkrisen voraus. Eine ernsthafte Kreditverknappung in der Wirtschaft lässt sich empirisch nicht nachweisen.

Hier steht im Mittelpunkt:

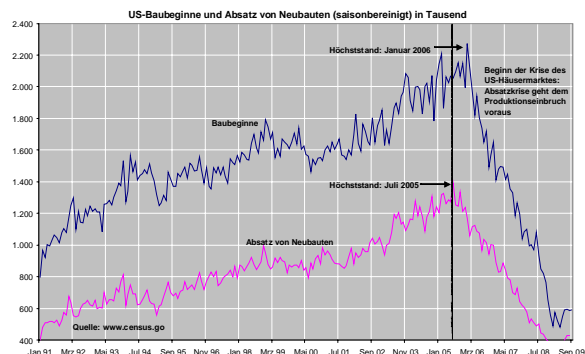
Das Verhältnis von Finanzmarktkrise und Überproduktionskrise (zeitlich, sachlich)

Diese Analyse steht im engen Verhältnis zu These 3, in der das angebliche Überspringen der Finanzmarktkrise auf die „Realökonomie“ kritisiert wird.

Überblick über die **Große Weltwirtschaftskrise** – Phase I bis VI - Mitte 2005 bis Mitte 2010 -



### Phase I: Partielle Krise (Bauwirtschaft) ab Mitte 2005



wiesen, die der rasch expandierende Immobilienmarkt hervorrief. „Ohne die Erfindung der CDOs und die Bereitstellung verschiedener Risiken je nach Investorengeschmack hätte der zweitklassige Subprime-Hypothekensektor in den USA nicht finanziert werden können. Auch von Anfang an miserable Risiken konnten, vermischt mit normalen, auf diese Weise bei den Investoren untergebracht werden.“ (FAZ 25.02.2009)

<sup>2</sup> Gelegentlich wird in der Presse auf die Bedeutung solcher CDOs für die Kreditexpansion hinge-

Der einbrechende Absatz von Neubauten ab Mitte 2005 signalisierte eine Überproduktionskrise in der Bauwirtschaft, die wenig später zu einem dramatischen Rückgang der Bauproduktion (Absturz der Kurve für Baubeginne) führte. Folgen waren Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft, Einkommensverluste, sinkende Hauspreise. Die Hausbesitzer konnten ihre Kredite nicht zurückbezahlen, zumal höhere Finanzierungskosten (steigende Leitzinsen) zusätzlich belasteten. Diese Kreditkrise war institutionell gesehen eine Krise der Banken, einiger Versicherungen und der Fonds, die solche Kredite in ihren Büchern hatten oder deren Ausfallrisiken übernommen hatten.

**Phase II:** Erste Kredit- und Bankenkrise, Höhepunkt Mitte 2007.

#### Kleine Chronologie:

2006 / Nachfrage nach Immobilien bricht  
2007 ein; die Produktion wird stark eingeschränkt; die US-Immobilienkrise spitzt sich mehr und mehr zu. Immobilienpreise und Hausverkäufe rückläufig. Rückgang der US-Hausverkäufe im März um 8,4% - größter Rückgang seit 18 Jahren

Juni Alarmglocken an der Wall Street:  
2007 Zwei Hedge-Fonds der New Yorker Investmentbank Bear Stearns geraten in die Krise, weil sie in großem Stil in mit Immobilien besicherten Papieren engagiert sind.

Juli Die US-Neubauten von Häusern  
2007 liegen 20 % unter dem Vorjahr. Der S+P/Case-Shiller Home Price Index liegt im zweiten Quartal um 3,2% unter dem entsprechenden Vorjahresquartal. Der Fed-Chef Ben Bernanke warnt, dass die US-Subprime-Krise bis zu 100 Mrd. US-\$ kosten könnte.

August American Home Mortgage, einer  
2007 der größten US-Hypothekendarlehenanbieter, meldet Konkurs. EZB und Fed stellen am 10.8.07 mehr als 120 Mrd. US-\$ als Liquiditätshilfen den Banken bereit.

Sept. Besorgte Kunden stürmen die  
2007 Schalter der britischen Bank Northern Rock. Die Regierung und die Bank von England garantieren die Einlagen, Northern Rock wird vom Staat übernommen. IKB verzeichnet infolge von Belastungen durch den US-Subprime-Markt einen

Verlust von einer Mrd. US-\$. Am 14.9. größter Bank Run in UK seit mehr als einem Jahrhundert. Kontoinhaber heben 1 Mrd. britische Pfund von Northern Rock ab. Die britische Regierung garantiert die Ersparnisse der Kontoinhaber. Die Fed senkt am 18.9.07 erstmals seit Herbst 2003 die Leitzinsen um 50 Bp auf 4,75%. Die Bank von England kündigt nach anfänglicher Zögerung am 19.9.07 an, dem Markt 10 Mrd. Pfund zur Verfügung zu stellen.

Okt. Ein großes Finanzhaus nach dem  
2007 anderen meldet Milliardenabschreibungen und hohe Verluste. Wirtschaft in Amerika, Europa und Asien trotz partieller Krisen insgesamt aufwärts gerichtet. Der Dow Jones erreicht erst am 9.10.07 mit einem Schlusskurs von 14.168 Punkten einen Rekordstand.

Die Chronologie vergegenwärtigt den empirischen Zusammenhang von Überproduktions-, Kredit- und Banken/Fonds-Krise.

Die erste Kredit- und Bankenkrise hatte wegen der Notenbankinterventionen zu keiner Kreditklemme bei den Unternehmen geführt. Es gab kein Überspringen der Finanzkrise auf den warenproduzierenden Sektor.

Unabhängig von der ersten Kredit- und Bankenkrise bildete sich ab Anfang 2008 die allgemeine Überproduktionskrise heraus. Im Phasenschema ist das die

#### **Phase III.**

Vertrauen wird erschüttert, Kredite der Unternehmen werden faul: GM/ Opel<sup>3</sup>/ Schaeffler-Gruppe<sup>4</sup>, Heidelberger Druck, Karstadt etc. brauchten öffentliche Kredite. BMW liebäugelt mit einer Staatsbürgschaft für seine Finanzsparte.

Der schwer angeschlagene US-Autobauer Chrysler sucht Rettung in ei-

<sup>3</sup> 14.11.2008 Nach Absatzeinbruch und massiven Verlusten ruft Opel als erster deutscher Autohersteller nach einer Staatsbürgschaft

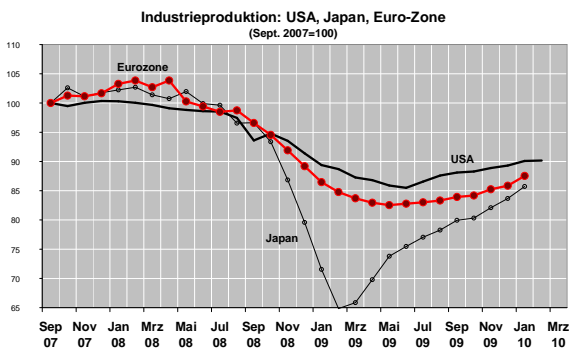
<sup>4</sup> 08. Februar 2009: Die Eignerfamilie des Autozulieferers Schaeffler bittet den Staat öffentlich um Hilfe. Die Schaeffler Gruppe steckt nach eigenen Angaben in massiven Schwierigkeiten und könne angesichts der Finanzmarktkrise "trotz aktiver Suche" keinen Investor finden, erklären Firmenchefin Maria-Elisabeth Schaeffler und ihr Sohn Georg

ner Allianz mit Fiat. Die US-Autokonzerne General Motors, Ford und Chrysler baten im November 2008 um staatliche Finanzhilfen von bis zu 26 Milliarden Dollar, um die Folgen der Finanzmarktkrise zu bewältigen. Hätten sie diese nicht bekommen, wäre eine umfassende Kredit- und Bankenkrise entstanden, diesmal nicht als Konsequenz einer partiellen sondern einer allgemeinen Überproduktionskrise.

Meine These: Es gab nach der ersten Kredit- und Bankenkrise keine ernsthafte Kreditverknappung. Die allgemeine Überproduktionskrise war keine Folge der Finanzmarktkrise.

**Empirische Belege für diese These:**

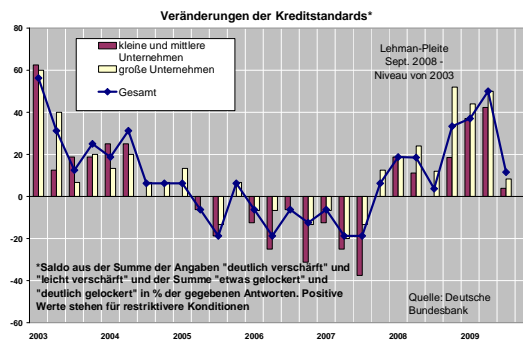
- Die erste Kredit- und Bankenkrise von 2007 änderte nicht den bis dahin gültigen Wachstumstrend. In der Eurozone stieg die Produktion bis ins erste Quartal 2008; in den USA hielt sich die Produktion auf hohem Niveau.



- Der **Buchkredit** als eine zentrale externe Finanzierungsquelle (rund zwei Fünftel der Verschuldung deutscher nichtfinanzieller Unternehmen entfallen darauf) war gegen Ende 2007 kräftig gestiegen und erreichte im Juli 2008 mit einer Jahreswachstumsrate von 3,8% den Höhepunkt der Expansion (Deutschland). Trotz der ersten Bankenkrise von Mitte 2007 nahm der Buchkredit zu. Insgesamt gesehen verfügten die Unternehmen während dieser dritten Phase der Krise über ein ausreichendes Kreditangebot der Banken. Der

Kredithahn war nicht geschlossen.

- Dies überrascht keineswegs. Denn die Notenbanken stellten alle erdenkliche Liquidität den Banken zur Verfügung.
- Umfragen bei den Unternehmen (ifo-Institut „Kredithürden“) und Banken („Veränderungen des Kreditstandards“) zeigen, dass es keine Kreditklemme gab. Also kein Überspringen der Finanzmarktkrise auf die „Realwirtschaft“.



- Die Bundesbank interpretierte in ihrem Monatsbericht vom Januar 2009 die Veränderungen des Kreditstandards für Deutschland in der Weise, dass „eine angebotsseitige Kreditverknappung in der Breite des Bankensystems sich derzeit nicht ableiten (lässt).“<sup>5</sup> Die Existenz einer Kreditklemme wird bestritten. Es gebe keine bankseitigen Beschränkungen, die quantitativ so bedeutsam waren, dass sie ein maßgebliches konjunkturelles Risiko begründeten.<sup>6</sup> (Nebenbei: Diese empirische Analyse der Bundesbank steht im Widerspruch zu ihrem Dogma vom Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft.)

Damit komme ich zu

**Zu These 3:**  
*Charakter der Krise:* Die Wirtschaftskrise lässt sich – auch der Sache nach - nicht

<sup>5</sup> Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Januar 2009, S. 15ff  
<sup>6</sup> Vergleiche den Artikel „Die Entwicklung der Kredite an den privaten Sektor in Deutschland während der globalen Finanzkrise“, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Sept. 2009

als eine Folge der Finanzmarktkrise interpretieren. Es verhielt sich umgekehrt: Die allgemeine Überproduktionskrise in der Warenproduktion führte zur Kredit-, Banken- und Börsenkrise (=Finanzmarktkrise). Die These vom „Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft“ wird als falsch zurückgewiesen.

.....

#### **Exkurs:**

Die These vom Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft taucht auch in der linken Diskussion auf (Attac, Gewerkschaft, bei den Sozialdemokraten innerhalb der Linkspartei und der SPD). Die These ist nicht nur falsch im Hinblick auf den tatsächlichen Ablauf des Krisengeschehens. Auch grundlegende Einwände lassen sich vorbringen:

- Man geht von einer Zweiteilung der Ökonomie in eine Finanzökonomie und in eine Realökonomie (**Zwei-Welten-These**) aus. Die Finanzökonomie spielt die Rolle des bösen Kapitalismus, die Realökonomie ist der gute Kapitalismus. Die Zweiteilung ist willkürlich. Sie wird dem Charakter der Warenproduktion nicht gerecht.

Denn: Ware ist Gebrauchswert und Tauschwert. Die Ware hat einen Preis. Es existiert ein innerer Zusammenhang von Ware und Geld. Es gibt keine getrennten Welten: Hier die Gebrauchswerte, dort das Geld. Das Geld ist der Warenwirtschaft inhärent. Das Geld ist eine Konsequenz der Ware. Entsprechend ist die Geldkrise eine Konsequenz der Krise der Ware. Erst die Absatzschwierigkeiten führen zur Kreditkrise, dann zur Bankenkrise.

- Finanzökonomie dominiert die Realökonomie (**Hegemonie-These**).

Marx sagte einmal, dass das zinstragende Kapital die Mutter aller verrückten Formen sei. Auch die Hegemonie-These speist sich aus Verdrehungen, die in den bürgerlichen Formen enthalten sind.

Eine Verdrehung steckt in der Ver selbstständigung des Zinses. Der Zins

wird nicht als Teil des Profits gesehen sondern als die eigentliche Frucht des Kapitals, die der Produktion vorausgesetzt ist. Danach scheint der Zins die Profitproduktion zu erzwingen, indem der Unternehmer den Zins an seine Kreditgeber bezahlen muss. Der Profit selbst löst sich weitgehend auf in Unternehmerlohn und einen Gewinn, der dem Geschick des Unternehmers zu verdanken ist.

Der Kreditkapitalismus als der böse Kapitalismus gilt als der zinsraffende Kapitalismus, der Unternehmer und Lohnabhängige aussaugt.

In Wirklichkeit ist der Verwertungs zwang mit dem Kapital selbst gegeben, wobei es nebensächlich ist, wem das Kapital gehört.

Der Schein trügt, wenn er den Zins verselbständigt. Der Zins speist sich aus der Wertschöpfung der produktiven Arbeit. Er ist Teil des Mehrwerts, den sich die fungierenden Kapitalisten aneignen und dann einen Teil davon abtreten müssen an ihre Geldverleiher. Die Verwertung des zinstragenden Kapitals hängt vom fungierenden Kapital ab, das mit seinen Geschäftsmöglichkeiten die Nachfrage nach Leihkapital hervorbringt und auf diese Weise dem Leihkapital eine Verwertungsmöglichkeit als zinstragendes Kapital gibt. Das zinstragende Kapital ist in dieser Hinsicht unter das fungierende Kapital subsumiert.

In einer zweiten Variante der Hegemonie-These thront weniger der Zins sondern mehr der Finanzmarkt über der Warenproduktion. Nach dieser Vorstellung erzwingen die Finanzmärkte die Verwertung in der Warenproduktion, indem die Fondmanager und andere Eigentümer von Wertpapieren Profitvorgaben machen würden. Auch das sind verrückte Vorstellungen, die aus den Formen des zinstragenden Kapitals hervorgehen.

Schauen wir uns diese Formen an: Dazu zählen Aktien und Anleihen. In der **Aktie** findet das Kapital eine zweite Gestalt, die neben dem wirklichen Kapital existiert. Gleiches gilt für die **Unternehmensanleihe**. Solche Wertpapiere gehören nach Marx zum „**fiktiven Kapital**“. Sie entstehen durch die Bedürfnisse des Reproduktionsprozesses. Sie werden an den Finanzmärkten gehandelt. Sie bilden den Kern der Finanzmärkte und die Grundlage für weitere Formen (u. a. Derivate).

Wie können solche Wertpapiere bzw. der Handel in solchen Wertpapieren die Warenproduktion hegemonisieren? Der Besitzer einer **Industrie-Anleihe** steht jenseits des fungierenden Industrie-Kapitals. Er hat sein Geld gegen Zins und Rückzahlungsversprechen als Kapital fortgegeben und verfügt lediglich über ein Wertpapier, das seine Ansprüche dokumentiert. Als Eigentümer des Wertpapiers steht er jenseits des wirklichen Produktionsprozesses; er verhält sich passiv dazu. Es ist unmöglich, dass er mittels seiner Industrie-Anleihe irgendeine Herrschaft über die wirkliche Produktion ausübt.

Besitzt er eine **Aktie**, dann verhält es sich im Großen und Ganzen ähnlich. Lediglich als Hauptaktionär hat er Einfluss auf die Geschäftsführung. Aber auch dann steht er außerhalb des operativen Geschäfts.

Was der **Mehrheitsaktionär** lediglich kann, ist darauf zu achten, dass die Geschäftsführung ihren Job gut macht, das heißt den Erfordernissen der Konkurrenz gerecht wird. Und es ist diese Konkurrenz, welche die immanenten Gesetze des Kapitals vollzieht. Der Mehrheitsaktionär kann also nicht mehr sein als ein Wächter, der über die Ordnungsmäßigkeit der Kapitalverwertung wacht, ohne diese Sache selbst persönlich in die Welt gesetzt zu haben. Er trägt also nicht den Verwertungszwang in die Ökonomie, selbst wenn er davon profitiert. Der Verwertungszwang ist mit dem Kapital gegeben. Der dem Kapital inhärente Verwertungszwang macht sich dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz der Konkurrenz geltend.

Der Eigentümer von **Staatsanleihen** kann natürlich auch nicht eine Hegemonie über die so genannte „Realwirtschaft“ ausüben. Er verhält sich ebenfalls passiv gegenüber dem wirklichen Produktionsprozess.

Sein Schuldtitel steht noch nicht einmal in einem indirekten Zusammenhang zum Reproduktionsprozess.

Man sieht also, dass die Eigentümer der Wertpapiere keine Macht über den Reproduktionsprozess ausüben. Sie sind nicht die Beherrscher der Welt. Auch die Finanzmärkte sind es nicht. Kauf und Verkauf hier einschließlich aller Preisbewegungen finden in einer Sphäre statt, die getrennt ist vom wirklichen Reproduktionsprozess. Das fiktive oder illusionäre Kapital kann

das wirkliche Kapital keineswegs kommandieren.

- Die Finanzökonomie ist wegen unzureichender Regulierungen instabil. Die Realökonomie ist weitgehend stabil. Die Realökonomie wird von der Krise der Finanzökonomie angesteckt.

Diese Verdrehung ist ziemlich alt. Schon Marx hat diesen Mythos enttarnen können: „Die Oberflächlichkeit der politischen Ökonomie zeigt sich u. a. darin, dass sie die Expansion und Kontraktion des Kredits, das bloße Symptom der Wechselperioden des industriellen Zyklus, zu deren Ursache macht.“<sup>7</sup>

### Zusammenfassung:

Die gängige Interpretation der Krise als Finanzmarktkrise macht eine Erscheinungsweise der Krise zur Ursache. Sie ist oberflächlich. Sie beschönigt den Kapitalismus. Sie ignoriert die Widersprüche und Gegensätze der kapitalistischen Produktion. Sie verfälscht die wirkliche Reproduktion in eine Realökonomie, die krisenfrei sein soll und der dann die Finanzmärkte als Quelle der Krise äußerlich gegenüberstehen. Sie produziert die Illusion, als ließe sich durch eine Regulierung der Finanzmärkte die Krise ein für allemal aus der Welt räumen.

Die Krise ist keine bloße Finanzmarktkrise; sie geht vielmehr aus dem Kernprozess kapitalistischer Ökonomie hervor.<sup>8</sup>

.....  
Daraus ergibt sich eine weitere These:

Zu These 4:  
**Charakter eines Systemwechsels:** Nicht das „Regime eines finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ befindet sich in der Krise, es handelt sich vielmehr um eine generelle Krise kapitalistischer Warenproduktion. Nicht eine besondere Variante des Kapitalismus, sondern der Kapitalismus selbst steckt in der Krise. Ein Systemwechsel zur Verhinderung künftiger Krisen erfordert einen Wechsel hin zu einer völlig anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

<sup>7</sup> Marx, MEW 23, S. 662

<sup>8</sup> „Die Weltmarktkrisen müssen als die reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie gefasst werden.“ Marx, MEW 26.2., S. 510

Soweit die Krise als die Krise des Kapitals. Wie wurde aber daraus eine Krise des Staates?

Zurück zu den **Phasen der Krise**:

**Phase IV:** Höhepunkt der Krise im Spätsommer/Herbst 2008. Unternehmen und Banken werden gerettet durch Finanzhilfen, Verstaatlichungen, Rettungsschirme, Sonderhilfen. Eine lang anhaltende Depression wird verhindert.

Im Frühjahr 2009 stabilisieren all diese Staatsinterventionen die Lage.

Der Krisenprozess geht in die **Phase V** über.

Daran schließt sich **Phase VI** an: Zuspitzung der Staatsschuldenkrise und Ansätze einer Notenbankkrise.

Diese Staatskrise war eine unmittelbare Konsequenz der Wirtschaftskrise.

Ganz allgemein haben wir es mit folgendem Sachverhalt zu tun:

Regierungen und Notenbanken übernehmen ein Großteil der Risiken, die in der privaten Wirtschaft entstanden sind. Damit sind aber die Risiken nicht aus der Welt geschafft. Sie bleiben im Gesamtsystem, nur dass der Staat die Risiken zu seinen eigenen macht. Die staatlich abgewendeten Pleiten von Privatunternehmen bilden Momente seiner eigenen Pleite.

Die Staaten überschulden sich. Es wachsen die Schwierigkeiten, über den Kapitalmarkt an Kredite zu kommen. Das bezeichne ich als Staatsschuldenkrise.

Durch die Übernahme von „toxischen Wertpapieren“ gelangt das Gift auch zu den Notenbanken. Diese werden mehr und mehr zu einer „Bad Bank“. In dem Maße, wie sie ihr Vertrauen einbüßt, vernichtet sie das Vertrauen in die Währung, die von ihr selbst herausgegeben wird.

Auf der anderen Seite drucken die Notenbanken Geld, um den Staat zu finanzieren. Die Notenbankkrise zeigt sich darin, dass die Notenbank Geld nur noch drucken kann, indem sie einen Vertrauensverlust ihrer Währung hinnimmt.

Die Entwertungsrisiken, die einst Risiken des Kapitals waren, wurden auf diese Weise zu Risiken des Staates.

Damit komme ich zu

These 5

*Krise des Staates:* Eine große Depression mit massiver Entwertung des Kapitals haben Regierungen und Notenbanken durch gigantische Interventionen (Rettungsschirme, Konjunkturprogramme, Quantitative Easing) verhindert. Solche Interventionen verschoben die Entwertungsrisiken vom Kapital zum Staat („Sozialisierung der Risiken“). Damit ist die Krise des Kapitals in ein höheres Stadium getreten. Sie ist zu einer Krise des Staates geworden, die zwei Formen aufweist: a) Staatsschuldenkrise, b) Notenbankkrise<sup>9</sup>.

Noch ein paar Begründungen zu dieser These.

Die Staaten reagierten auf das Krisengeschehen auf zweierlei Weise: **Erstens** verabschiedeten die Regierungen Maßnahmen zur Begrenzung der Krise. Die Maßnahmen reichten von gezielten Interventionen (Verstaatlichungen, Rettung einzelner Unternehmen/Banken) bis hin zu allgemeinen Maßnahmen wie Konjunkturprogramme, Rettungsschirmen, gesetzliche Beschränkungen der Märkte. **Zweitens** reagierten die Notenbanken mit Geld- und Kreditpolitischen Maßnahmen, die weit über den bisher bekannten Rahmen hinausgingen.

Ich beginne mit den Regierungsmaßnahmen:

### (1) Regierungsmaßnahmen

Eine von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) veröffentlichte Untersuchung („An assessment of financial sector rescue programmes“) hat die Rettungsprogramme von 11 Länder für die Zeit von September 2008 bis Juli 2009 zusammengestellt. Die Programme umfassen insgesamt rd. 5000 Milliarden Euro, was 18,8% des BIP dieser Länder entspricht.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Eine Staatsschuldenkrise liegt vor, wenn sich der Staat nur noch unter Schwierigkeiten über den Kapitalmarkt finanzieren kann. Die Notenbankkrise zeigt sich darin, dass die Notenbank Geld nur noch drucken kann, indem sie einen Vertrauensverlust ihrer Währung in Kauf nimmt.

<sup>10</sup> Vergleiche im Folgenden Gerald Braunberger, Fünftausend Milliarden Euro, FAZ vom 4.09.2009



### Umfang der Rettungsprogramme für den Finanzsektor

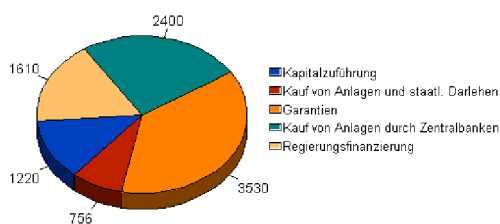
	in Milliarden Euro	in % des BIP	in % der Bankaktiva
USA	2491	22.3	25.5
Großbritannien	845	54.0	10.8
Deutschland	700	28.1	8.9
Frankreich	368	18.9	4.8
Niederlande	265	44.6	11.9
Japan	113	2.7	0.9
Australien	62	10.4	4.6
Spanien	31	2.8	0.9
Schweiz	31	8.7	1.5
Italien	10	0.6	0.3
Insgesamt:	4994 Mrd.	18,8 % des BIP	8,3 % der Bankaktiva

Quelle: BIZ

Die staatlichen Hilfen gliederten sich in Kapitalhilfen, in Käufe von fragwürdig gewordenen Aktiva der Bank und in Garantien. Insgesamt sagten die Industrieländer ihren Banken Kapitalhilfen in Höhe von 677 Milliarden Euro zu, von denen bis September 2009 387 Milliarden ausgezahlt worden waren.

Bei den Garantien für Aktiva verpflichtete sich der Staat, den Banken mögliche Wertverluste auf fragwürdige Wertpapiere und Kredite zu erstatten. Die Garantien, die der Staat für Schulden gab, ermöglichten die Ausgabe von Anleihen zu niedrigeren Zinsen.<sup>11</sup> Hätte der Staat die Rückzahlung nicht mit seiner guten Bonität verbürgt, wären die Zinsen und damit die Refinanzierungskosten der Banken in astronomische Höhen geschneit.

16075: Angekündigte oder vollzogene Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor der fortgeschrittenen Volkswirtschaften\*) - 9.516 Mrd \$



Quelle: IMF, A FAIR AND SUBSTANTIAL CONTRIBUTION BY THE FINANCIAL SECTOR, April 10. © Jahneke - <http://www.jahneke.net>

Garantien 3530  
Kauf von Anlagen und staatliche Darlehen 756  
Kapitalzuführung 1220  
Regierungsfinanzierung 1610  
Kauf von Anlagen durch Zentralbank 2400

### Konjunkturprogramme in Höhe von zwei Billionen Euro

<sup>11</sup> „Seit September 2008 haben die Industrienationen Garantien (meist für Schulden) über 4167 Milliarden Euro zugesagt von denen bislang 1557 Milliarden Euro in Anspruch genommen wurden – überwiegend in den USA und Großbritannien. In Deutschland wurden Garantien über 129 Milliarden gezogen, ganz überwiegend von der Hypo Real Estate.“ (Gerald Braunberger, Fünftausend Milliarden Euro, in FAZ vom 4.9.09)

Nach Berechnungen des Handelsblatts (23.6.2009) summierten sich bis Mitte Juni 2009 die Konjunkturprogramme der Industriestaaten auf einen Gesamtwert von mehr als 2.000 Milliarden Euro; davon USA 585 Euro, Japan 560 Euro, China 460 Euro, Deutschland 82 Euro und Italien 80 Euro.

Der Internationale Währungsfonds schätzte die Konjunkturprogramme der G20-Staaten in den drei Jahren von 2008 bis 2010 auf ein Volumen von 1.130 Milliarden Euro. Das entspricht immerhin etwa 2,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Welt (43 Billionen Euro), oder 3,4% des BIP der erfassten Länder. In 2009 soll ungefähr die Hälfte konjunkturell wirksam werden. Auf die USA entfallen in 2009 etwa 214 Milliarden Euro, auf die vier größten EU-Staaten 87 Milliarden Euro. Die EU-Kommission bezifferte den Gesamt-Expansionseffekt auf etwa 2,5% des BIP.

Die Schuldenquoten der Industrieländer liegen in 2010 bei gut 97 % des BIP, die Defizitquoten bei mehr als 8 %.

### Konsequenz:

Die Staaten büßen Kreditwürdigkeit durch die sprunghaft wachsende Neuverschuldung und durch die krisenbedingte Schwächung ihrer Steuerkraft ein. Für sie besteht die Gefahr, dass sie von Kapitalmärkten kein frisches Geld zur Begleichung ihres Schuldendienstes erhalten.

Deshalb spannen die Staaten zunehmend ihre Notenbanken ein, um an das fehlende Geld zu kommen.

### (2) Notenbankmaßnahmen

a) Kauf von Schrottpapieren durch die Notenbank. Die EZB kaufte Pfandbriefe, die Fed in einem großen Umfang Hypothekenpfandbriefe. Außerdem gab die Fed sie direkte Kredite an Fannie und Freddie, an die AIG.

b) Die Notenbanken beteiligten sich an der Regierungsfinanzierung (Monetarisierung der Staatsschulden=Geldfälschung). Die Fed hat etwa 800 Mrd. \$ an Forderungen (Direktkäufe und als Refinanzierungsgeschäft der Banken) gegen den US-Staat.

Die EZB kauft Staatsanleihen seit der Griechenlandkrise.

c) niedrige Zinsen = Hilfsprogramm für die Banken, die das Geld in höher verzinsliche Staats- und Unternehmensanleihen anlegen. Außerdem profitieren die Banken von der massiv gestiegenen Neuemission staatlicher Schuldtitel.

d) Bereitstellung von Liquidität, soviel die Banken haben möchten.

e) Ausweitung der Leihfrist bis zu einem Jahr (Jahrestender).

e) Senkung der Bonitätsanforderungen für hinterlegte Wertpapiere (Griechenland-Fall; vorher nur A, jetzt BBB)

Die Notenbanken sind dabei, ihr Vertrauen zu verspielen, das aber unbedingt notwendig ist für die Stabilität der Währung. Das Vertrauen wird hauptsächlich untergraben durch ihre Staatsfinanzierung (Geld drucken/Geld fälschen) und durch den Kauf von Schrottanleihen.

Das Vertrauen wird immer plötzlich erschüttert (Asienkrise). Das auffälligste Symptom ist die Kapitalflucht, die zu einer Abwertung des Außenwerts der Währung führt. Eine solche Abwertung hat immer eine große Inflation (Verlust des Binnenwerts) zur Folge.

Schwindet das Vertrauen in eine Währung, dann wird es für den Staat noch schwieriger, sich über die Notenbank zu finanzieren. Denn wegen der tatsächlichen oder sich abzeichnenden Währungsverluste gibt es keine ausländische Nachfrage nach Staatspapieren. Auch die Inländer halten sich zurück, weil die Geldentwertung zu Verlusten führen würde. Der Staat müsste in dieser Situation noch stärker auf die Gelddruckmaschine zurückgreifen, will er nicht Pleite gehen. Es käme zu einer galoppierenden Inflation.

.....  
**Exkurs: Zur bisherigen Entwicklung von Staatsschuldenkrise und Notenbankkrise**

Seit Herbst 2008, dem Höhepunkt der Krise, wuchs die Angst vor Staatsbankrotten und erreichte im Frühjahr 2009 einen ersten Höhepunkt. Es traf zunächst die schwächsten Staaten, denen die Kreditmärkte weitere

Kredite verweigerten. Ungarn fand 2008 kaum noch Käufer für seine Staatsanleihen. Nicht anders erging es Lettland im Oktober 2009, der Ukraine 2009 und Island 2008. Hätten andere, nicht ganz so schuldenkranke Staaten unter Einbeziehung des IWF nicht interveniert, wären die Länder längst Pleite.

Im März/April 2010 spitzte sich die Schuldenkrise in der Eurozone zu. Ihr erstes Opfer war der griechische Staat, der im April und Mai Anleihen von mehr als 20 Milliarden Euro am Kapitalmarkt refinanzieren musste, das Geld dort aber nicht mehr bekam. Die Euro-Länder sprangen mit 110 Milliarden Euro ein.

Damit war die Schuldenkrise längst nicht gelöst. Nicht nur Griechenland, auch andere Staaten hatten Schwierigkeiten, Kredite am Kapitalmarkt zu bekommen. Da die hohen Risikoaufschläge für Kredite der anderen „Pigs-Staaten“ (eine etwas bössartige Bezeichnung für die bonitätsschwachen Länder Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) eine dramatische Ausweitung der Schuldenkrise signalisierten, verabschiedeten die Euro-Länder nach langem Hin und Her ein 750-Milliarden-Euro-Rettungsprogramm für die gefährdeten Staaten.

All die bisherigen Beinahe-Staatsbankrotte sind nur die Spitze eines Eisbergs. Bereits Ende 2009 sah die Ratingagentur Moody's das Risiko von Zahlungsausfällen wachsen. Die Kreditqualität schwinde. Vor allem die USA und Großbritannien müssten überzeugende Pläne zur Reduzierung der Defizite vorlegen, ansonsten könnten sie bereits 2011 ihre Bonitäts-Bestnoten einbüßen, erklärte der bei Moody's für die Ländereinstufung verantwortliche Pierre Cailleteau. Die Kapitalmärkte könnten beginnen, „das Udenkbare zu denken“ und sich mit der Frage zu beschäftigen, ob erstmals auch „reiche Staaten“ an ihrem Schuldendienst scheitern könnten.<sup>12</sup> Dies gilt auch für das besonders hoch verschuldete Japan, nur dass hier infolge der hohen Inlandsverschuldung eine geringere Abhängigkeit von den internationalen Kreditmärkten besteht.

**Politik der Geldfälschung**

Selbst für diese großen Staaten wuchsen die Schwierigkeiten, die Etatlücken und den Refinanzierungsbedarf für fällig werdende Alt-schulden durch Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt zu decken. Es drohten Risikoaufschläge bis hin zu einer Verweigerung der Finanzmärkte, die benötigten Kredite zur Verfügung zu stellen. Um die Staatsschuldenkrise hinauszuschieben, warfen die Notenbanken ihre Gelddruckmaschine an, und kauften mit den frisch gedruckten Papierzetteln die Staatsanleihen, die die Finanzmärkte

<sup>12</sup> FAZ vom 16.12.2009

wegen des schwindenden Vertrauens in die Staaten nicht mehr haben wollten. Das Kaufprogramm der amerikanischen Notenbank Fed für US-amerikanische Staatsanleihen belief sich auf 300 Milliarden Dollar, das der Bank von England auf 200 Milliarden Pfund; dies entspricht 25 % der insgesamt ausstehenden britischen Staatsanleihen.

Man muss sich das Ungeheuerliche klar machen: Die Notenbanken drucken Papierzetteln Geldnamen wie Dollar oder Pfund auf, verleihen sie dem Staat, der damit einkaufen geht. Die Papierzettel mussten nicht durch irgendeinen vorangegangenen Warenverkauf verdient werden. Sie sind nicht Zeichen eines wirklichen Warenwerts. Sie werden einfach hergestellt und verfälschen ökonomisch das bislang zirkulierende Geld. Die Notenbanken vollbringen diese Geldfälschung unter den seriös klingenden Decknamen wie „Monetarisierung der Staatsschulden“ oder „Quantitative Easing“.<sup>13</sup>

In diese Politik der direkten Geldfälschung ist die EZB auf dem Höhepunkt der Euro-Staatsschuldenkrise Mitte Mai 2010 ebenfalls eingeschwenkt und kauft seither griechische, irländische, spanische und portugiesische Staatsanleihen.

Aber auch diese Politik, die nun von allen drei großen Notenbanken betrieben wird, hat ihre Grenzen. Wird übertrieben, droht ein Vertrauensverlust gegenüber den Notenbanken. Die Währung wird unglaubwürdig. Wenn dies geschieht, flieht Kapital aus der Währung. Es folgen Inflation, Devisenkrise und eine Verschärfung der Staatsschuldenkrise.<sup>14</sup>

## Sparprogramme

### These 6.

Zur Entschärfung der Schuldenkrise setzen die Staaten auf harte Sparprogramme. Deren Funktion besteht darin, die Verschuldung durch Kürzung von Sozialausgaben und Anhebung der Massensteuern direkt zu senken, sowie die Akkumulationsfähigkeit des Kapitals durch Anhebung der Mehrwertrate zu verbessern (indirekter Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen).

Die Staaten stehen mehr und mehr mit dem Rücken zur Wand. Auf ihnen lasten gewaltige Schuldentürme. Die Krise ist in einem neuen Stadium und auf einer an-

<sup>13</sup> Mehr zu dieser Geldfälschung findet der Leser in: „Die kapitalistische Krise und was wir ihr entgegensetzen“, von G. Sandleben / J. Schäfer, S. 34f.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 35ff

deren Ebene angekommen. Die Staatsschuldenkrise droht die Handlungsfähigkeit der Staaten einzuschränken. Staatsbankrotte werden immer wahrscheinlicher.

Die Staaten, so wie sie sind, können nur auf kapitalistischer Grundlage agieren. Der Sprung hinüber in eine schuldenfreie Güterwirtschaft bleibt ihnen versperrt. Ihre einzige noch verbliebene Chance besteht darin, ihre Überschuldung durch eine gezielte Sparpolitik abzutragen, um auf diese Weise nicht nur ihren Bankrott zu verhindern, sondern auch Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Ihre Sparpolitik ist deshalb alles andere, nur keine zufällige, rasch vorübergehende Erscheinung. Sie ist die logische Konsequenz der Krisenpolitik. Auf welche Weise gespart wird, zeigen die angekündigten oder bereits verabschiedeten Sparprogramme. Es ist ein staatlich geführter Klassenkampf von oben, bei dem die Parallelen zur harten Brüning'schen Sparpolitik von Anfang der 30er Jahre immer deutlicher hervortreten.

### These 7

Eine Kette von Staatsbankrotten und Währungsverwerfungen mit galoppierender Inflation ist ein wahrscheinliches Szenario. Beispielsweise würde eine Rückkehr zur Rezession („Double Dip“) die Krise des Staates weiter zuspitzen. Dies könnte einen „Kladderadatsch“ auslösen.

Der Name „Kladderadatsch“ ist hergeleitet vom lautmalerischen Berliner Ausdruck Kladderadatsch, der soviel bedeutet wie „etwas fällt herunter und bricht mit Krach in Scherben“. Der Name war auch Titel einer politisch-satirischen Wochenzeitschrift und wurde später von Friedrich Engels und August Bebel verwendet. Auf diese Weise gelangte der Name in die sozialistische Literatur und meinte den **Zusammenbruch** der bürgerlichen Gesellschaft.

Die bisherigen Überlegungen führen zu dem nachfolgenden Zusammenbruchs-Szenario.

Ich habe mit dem Double Dip (Rückkehr in die Rezession) einen besonderen Anlass herausgegriffen. Andere Anlässe sind möglich, ohne dass sich dadurch der geschilderte Grundmechanismus des Zusammenbruchs ändert.

Die Wahl ist auf Großbritannien gefallen, weil sich hier die Krisenfaktoren besonders häufen. Den Ausgangspunkt könnte auch die USA bilden, wo die Situation nicht weniger dramatisch ist. Die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone wäre ein ebenso mögliches Kladderadatsch-Szenario. Nur würde hier der Zusammenbruchmechanismus durch das wahrscheinliche Auseinanderbrechen der Eurozone und die Neuschaffung nationaler Währungen verzerrt.

### **Kladderadatsch-Szenario: Beispiel Großbritannien mit Double Dip als Ausgangspunkt**

Die Bank von England (BoE) besitzt bereits 25% der insgesamt ausstehenden britischen Staatsanleihen. Im vorigen Fiskaljahr finanzierte die BoE fast den gesamten Kreditbedarf des Staates. Eine Finanzierung über den Kapitalmarkt ist bereits jetzt kaum noch möglich.

Eine erneute Rezession würde den Kreditbedarf des Staates ein weiteres Mal steigern. Außerdem würde dadurch das Vertrauen in die Währung zusätzlich gemindert.

Der genaue Zeitpunkt lässt sich nicht bestimmen, wann die ausländischen Besitzer von britischen Staatsanleihen die Nerven verlieren, und aus Angst vor einer Staatspleite und schwerer Währungsverluste die Anleihen verkaufen.

Häufig genügen geringfügige Anlässe, um die Anleger in Panik zu versetzen. Notkredite anderer Regierungen oder Notenbanken können den Zeitpunkt der Panik hinausschieben.

Nehmen wir nun an, das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Großbritanniens ist so stark erschüttert, dass die Besitzer von britischen Staatsanleihen ihre Titel verkaufen. Andere Staaten können oder wollen nicht helfen, weil der britische Staat zu groß ist oder weil eine sich zugespitzte auswärtige Konkurrenz währungspolitische Kooperationen erschwert.

Die Erschütterung des Vertrauens löst eine **Verkaufspanik** aus.

Eine solche Verkaufspanik ist dadurch gekennzeichnet, dass sämtliche Schuldtitel des Staates (Anleihen, Obligationen, Schatzwechsel) auf einmal gleichzeitig in Geld konvertibel sein sollen. Um die Panik zu lindern, wird die BoE die auf den

Markt geworfenen Wertpapiere mit selbst gedruckten Papierzetteln aufkaufen.

Die ausländischen Besitzer britischer Staatsanleihen wollen aber keine britischen Pfund, sie wollen ihre eigene Währung.

Die BoE kann nur britische Pfund drucken, nicht aber ausländische Devisen.

Es entsteht eine **Devisenverknappung** mit dramatischen **Abwertungsprozessen**.

Die Abwertung des britischen Pfunds würde in GB einen **Inflationsprozess** auslösen.

Währungskrise und Inflation würden die **Staatsschuldenkrise dramatisch zuspitzen**. Denn Ausländer würden wegen der Risiken keine britischen Staatsanleihen zeichnen.

Inländische Anleger ebenfalls nicht, weil die Inflation ihr Kapital zerstören würde.

Der Staat müsste sich über die BoE finanzieren, was die Inflation außerordentlich beschleunigen würde.

Da die Steuereinnahmen (gemessen an der Kaufkraft) wegen der Inflation sinken, würde der Finanzierungsbedarf des Staates zusätzlich wachsen.

Die galoppierende Inflation würde den Reproduktionsprozess empfindlich stören.

Die Abwärtsspirale fände ihren Höhepunkt in einer **Staatspleite** und in dem Versuch, eine neue Währung zu installieren.

**These 8** Der bürgerliche Horror vor dem Staatsbankrott drückt die Befürchtung aus, dass die Zahlungsunfähigkeit des Staates zu einer Schockstarre von Kapital und Staat führen würde. Die Risiken für die kapitalistische Ordnung reichen bis hin zur vorübergehenden Auflösung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Ein automatischer Übergang in eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist damit aber nicht verbunden.

Folgendes Risikopotential wäre für die kapitalistische Ordnung verbunden, käme es zu einem Staatsbankrott:

- Erstens würden die besitzenden Klassen, die über die Staatsschuldtitel Zinsen vom Staat beziehen, ihr Vermögen ersatzlos verlieren. Solche Geldkapitalisten wären in dem Maße verschwun-

- den, wie sie ihr Vermögen in solchen Staatstiteln angelegt hatten.
- Zweitens würde das Bankensystem zusammenbrechen. Damit wäre der Kredit weitgehend beseitigt. Das Kapital in Industrie und Handel könnte nicht mehr als Kapital fungieren. Es würde in eine Schockstarre fallen. Mit der Vernichtung des Privatkredits hätte sich das Vermögen der Geldkapitalisten vollends aufgelöst. Daraus folgt: Die beiden Klassen des Kapitals hörten während dieser Zeit auf zu wirken.
  - Drittens wäre dem Staat in dieser Schockstarre des Kapitals die ökonomische Grundlage entzogen. Verschulden könnte er sich nicht mehr, weil er durch seinen Bankrott das Vertrauen bei den Kreditgebern vollständig eingebüßt hatte. Steuern bekäme er kaum noch, weil die Wirtschaft stockt. Über seine Beamten, darunter Soldaten, Polizisten, Richter etc., könnte er ohne Bezahlung kaum noch verfügen. Er wäre ebenso gelähmt wie die Kapitalistenklasse.

Die Risiken für die kapitalistische Ordnung reichten bis hin zur vorübergehenden Auflösung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse. Daher der Horror vor einem Staatsbankrott. Deshalb unternimmt der Staat im Vorfeld alles, um seine eigene Pleite zu verhindern.